Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich
Stadtentwicklung und Umwelt

Februar 2016

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 10.03.2016
Fragen der Stadträtin Frau Jahn zur Beschlussvorlage Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept
(Vorlagen-Nr.: V/2014/12704)
TOP: 4.1

Frage 1:
Allgemein:
Die Maßnahmen sind im Konzept detaillierter beschrieben als im Umsetzungsplan. Werden dennoch die im Konzept beschriebenen Handlungsanweisungen umgesetzt? Oder ist der Umsetzungsplan beabsichtigt etwas ungenau?
Eine Aufschlüsselung der Kosten wäre bei manchen Einzelmaßnahmen sinnvoll, um Unklarheiten zu vermeiden, z.B. bei AG 3.

Antwort
Der Umsetzungsplan legt gemäß Stadtratsbeschluss genau dar, was, wie, bis wann und mit welchen Kosten umgesetzt werden soll, angepasst an die aktuellen Rahmenbedingungen der Umsetzungsphase (geänderte Organisationsstrukturen, Haushaltslage, politische Haltung, Förderkulissen/Subventionen, bereits umgesetzte Maßnahmenteile …). Der Zeitraum von der Konzeptphase zum Umsetzungsplan hatte bereits Einfluss auf den integrierten Ansatz des Konzeptes und einzelne Handlungsschritte (vor allem bei Sowieso-Maßnahmen). Die Aufschlüsselung der Kosten wird im Einzelfall konkretisiert.

Frage 2:
AG 1 Kann sich der Stadtrat in die Steuerungsgruppe einbringen, ähnlich der Steuerungsgruppe "Fair Trade"?
Warum sind keine Sachkosten veranschlagt, wie noch im Konzept vorgesehen?

Antwort
Die Steuerungsgruppe Klimaschutz ist kein starres Element, was eine Beteiligung interessierter Stadträte jederzeit ermöglicht. Der Bedarf an 10.000,- Euro Sachkosten war eine damalige grobe Schätzung. Durch den Aufbau eines Dienstleistungszentrums für diese Thematik sind Ressourcen gebündelt worden. Zur anlassbezogenen Tagung der Steuerungsgruppe sind keine Sachmittel erforderlich, da eine externe Betreuung/Moderation entfällt.

Frage 3:
AG 2, WGD 2 EV2: Liefen diese Maßnahmen an und wenn nicht, wird der Zeitraum noch aktualisiert?

Antwort:
Diese Maßnahmen wurden aufgrund positiver Mitnahmeeffekte und durch die Bildung des Dienstleistungszentrums bereits angeschoben.

Frage 4:
AG 3 Warum ist diese Maßnahme so teuer bzw. welche Kosten stecken im Einzelnen hinter den 5000 EUR?

Antwort:
Gemäß Konzept waren für die Maßnahme 10.000 Euro angesetzt. Dieser Ansatz wurde überprüft. Die Kosten dienen zur Anschaffung von Materialien für Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Standmaterialien beim Tag der Umwelt, Messen, …) und für eine Preisauslobung im Künstlerwettbewerb bei der Entwicklung einer Bildmarke bzw. bei der Auswahl des Slogans.

Frage 5:
AG 5 Diese Maßnahme sollte schon seit dem 2. Quartal laufen. Ist dem so? Wenn ja, wie ist der Stand und wenn nein, wird der Zeitplan angepasst?

Antwort:
Die Maßnahme läuft bereits und der aktuelle Stand kann unter http://umweltatlas.halle.de/ im Themengebiet 10. Klimaschutz/Erneuerbare Energien nachvollzogen werden:
10.1. Fernwärmeversorgung
10.2. Blockheizkraftwerke (BHKW)
10.3. Photovoltaikanlagen/Solarthermie
10.4. Erdwärmebohrungen
10.5. Wasserkraftanlagen
10.6. Dachbegrünung
10.7. Klimagarten
10.8. Energiewald (Kurzumtriebsplantagen), Biomasseproduktion
10.9. Umweltfreundlich fahren mit Erdgas, Flüssiggas oder Strom
10.10. Stadtklima

Frage 6:
SE 1 Welche Modellgebiete zieht die Verwaltung in Betracht? Im Klimaschutzkonzept sind 1000 EUR für Flyer veranschlagt, aber im Umsetzungsplan nicht. Sollen keine Flyer mehr gedruckt werden? Ist die Idee eines Leitlinienkataloges (siehe Konzept) noch angedacht?

Antwort:
Die Maßnahme ist bereits angelaufen, steht in engem Zusammenhang mit EV2 (Energiekonzepte fürs Quartier) und wird im Zuge der Untersuchungsergebnisse der Energiequartiere Halle Süd und Lutherviertel vorangetrieben. Um ein effizientes Abprüfen klimaschützender bzw. klimaangepasster Maßnahmen bei der Stadtentwicklung auf Quartiers- und Stadtteilebene zu erreichen, wurde anstatt eines Leitlinienkatalogs die Entwicklung einer Checkliste ausgewählt. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Modellgebiete wird im Wesentlichen von den Immobilieneigentümern selbst übernommen, was die zusätzliche Erstellung von Druckerzeugnissen/Flyern nicht mehr notwendig macht.

Frage 7:
SE 4 Läuft diese Maßnahme bereits?

Antwort:
Die Maßnahme ist mit personeller Besetzung des Dienstleistungszentrums als zentraler Ansprechpartner bereits gestartet.

Frage 8:

PH 1 ist im Konzept viel umfangreicher angelegt. Wieso wurde das geändert?

Antwort:
Viele Punkte zu dieser Maßnahme aus dem Konzept werden durch das aktuelle Angebot der Wohnungswirtschaft, der Energieversorger und der Verbraucherberatung bereits abgedeckt, was den verbleibenden Umsetzungsaufwand und die Kosten verringert.

Frage 9:
PH 2 Musterwohnung energieeffizientes Wohnen - erst 2.Quartal 2018, dauert zu lange. Eine frühere Umsetzung hätte auch gute wirtschaftliche Effekte. Wieso beginnt das Projekt so spät?

Antwort:
Die wirtschaftlichen Effekte sind nicht abhängig vom Durchführungszeitraum des Projektes, solange keine Förderkulissen daran geknüpft sind. Die Musterwohnung hat in Abhängigkeit der Zielgruppe bei der Koordination der Akteursbeteiligung einen sehr hohen organisatorischen Aufwand im Verhältnis zum Nutzen. Ein Beginn der Maßnahme in 2016 und ein Durchführungsszeitraum bis 2018 ist angemessen.

Frage 10:
WGD 5 Im Konzept sind die IHK und die HWK ein wichtiger Akteur zur Beratung von Unternehmen und teil Netzwerkes, aber im Umsetzungsplan werden sie gar nicht mehr erwähnt. Ist eine Zusammenarbeit weiter angedacht? Wenn ja, warum erfolgt die Umsetzung der Maßnahme so spät?

Antwort:
Eine Einbeziehung der Kammern wird auch im Umsetzungsplan erwähnt. Das Netzwerk sollte zwingend von ersten Ergebnissen der Maßnahme WGD 2 (Energiecontracting für Unternehmen in Halle (Saale)) profitieren und deshalb nachgelagert sein.

Frage 11:
KE 1 zum "Einspar- und Beteiligungs-Modell" Wie wird ausgewählt, an welchen drei Schulen das Modellprojekt stattfinden soll? Wäre es sinnvoll, Schulen mit vergleichsweise sehr hohen Betriebskosten zu wählen oder ist angedacht, dass die Schulen sich bewerben?

Antwort:
Die Einrichtungen werden gemäß Empfehlung des Gebäudemanagements ausgewählt, um den Einfluss bautechnischer Veränderungen in den Maßnahmen zum Nutzerverhalten auszuschließen. Die Kommune geht als Träger der Betriebskosten demnach mit einer gewissen Erwartungshaltung auf die Schulen zu.

Uwe Stäglin
Beigeordneter